

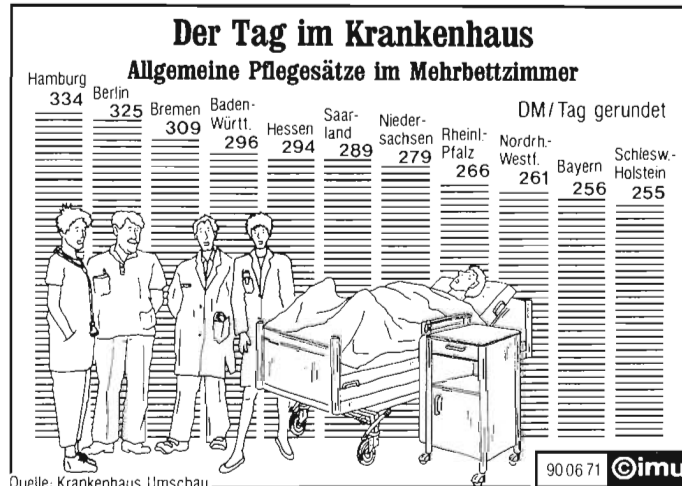
Aus Bund und Ländern

## Einigkeit beim Gesetz für Psychotherapeuten

KÖLN. Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung stimmen darin überein, daß es eine Gleichstellung von Arzt und nichtärztlichem Psychotherapeuten wegen der unterschiedlichen fachlichen Kompetenz nicht geben kann. Dies bekräftigten sie jetzt in einer gemeinsamen Presseerklärung. Damit traten die beiden ärztlichen Spitzenorganisationen Zeitungsberichten entgegen, in der Frage der Abgrenzung der beiden Tätigkeiten habe es unterschiedliche Standpunkte gegeben.

Nach geltendem Recht kommt für Diplom-Psychologen mit qualifizierter psychotherapeutischer Zusatzausbildung nur das Heilpraktiker-Gesetz in Betracht, wenn sie ambulant für die Sozialversicherten tätig werden wollten. Damit die Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiet beseitigt werden könne, würden Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung unter gemeinsam festgelegten Voraussetzungen auch einem Gesetz für psychologische Psychotherapeuten zustimmen, heißt es in der Erklärung. Ein solches Gesetz wird zur Zeit vorbereitet.

Spekulationen über eine unterschiedliche Haltung der Ärzteorganisationen waren entstanden, weil Zwischenergebnisse der Beratungen einer Arbeitsgruppe zu dem Gesetz durch Vertreter des Berufsverbandes Deutscher Psychologen so wiedergegeben wurden, als hätten sie die Zustimmung der Bundesärztekammer gehabt. Deren Präsident, Dr. Karsten Vilmar, erklärte, Ärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung gehe es ausschließlich darum, die bestmögliche Behandlung – medizinisch und psychotherapeutisch – für die Patienten zu sichern. Darin bestehe sogar Übereinstimmung mit dem Berufsverband Deutscher Psychologen. hb



Der Tagespflegesatz für den Krankenhausaufenthalt in einem Mehrbettzimmer hat sich 1989 in der Bundesrepublik um 5,6 Prozent auf 276,03 DM erhöht. In den Bundesländern weicht der allgemeine Pflegesatz zum Teil erheblich von diesem Durchschnittswert ab (zum Beispiel in Hamburg mit 333,54 DM und in Schleswig-Holstein mit 254,82 DM). Die stärksten Steigerungen wurden in Baden-Württemberg (plus 8,7 Prozent) und Berlin (plus 8,3 Prozent) verzeichnet, die geringste Steigerung gab es in Hamburg (plus 1,0 Prozent). Öffentlich-rechtliche Krankenhausträger sind am teuersten (294,03 DM), Freigemeinnützige liegen im Mittelfeld (259,47 DM), und die privaten Kliniken nehmen die niedrigsten Pflegesätze (203,34 DM).

## Auch Ersatzdienst wird verkürzt

BONN. Nachdem die Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes in der Bundesrepublik beschlossen und nur noch nicht sicher ist, ob Zivildienstleistende fünf oder vier Monate weniger dienen müssen, denkt das Bundesinnenministerium nun auch daran, den Ersatzdienst im Katastrophenschutz zu verkürzen.

Wehrpflichtige konnten sich bislang von der Ableistung ihres Dienstes bei der Bundeswehr oder sozialen Einrichtungen befreien, wenn sie sich statt dessen zehn Jahre als Helfer im Katastrophenschutz, beispielsweise bei Feuerwehr oder Technischem Hilfswerk, verpflichteten.

Das Bundesinnenministerium stimmt seine Pläne zur Verkürzung dieser Tätigkeit derzeit mit Bundesländern und Katastrophenschutzorganisationen ab. In Bonner Kreisen gilt es als sicher, daß künftig acht Jahre Ersatzdienst geleistet werden müssen. Für die Katastrophenschützer sind die Ersatz-

dienstleistenden wertvolle Hilfskräfte. Eine Verkürzung der Dienstzeit könnte Personalengpässe auslösen, teilte ein Sprecher des Innenministeriums mit. hb

## AIDS-Report des Zentralinstituts

KÖLN. Das Zentralinstitut für die Kassenärztliche Versorgung (ZI) hat – wie schon in den Jahren 1987 und 1988 – erneut eine aktualisierte, 185seitige Broschüre zu medizinischen, psychosozialen, ökonomischen und rechtlichen Aspekten einer HIV-Infektion und AIDS-Erkrankung veröffentlicht. In präziser und komprimierter Darstellung werden in der Broschüre die vielschichtigen Probleme analysiert. Jedem niedergelassenen Arzt, auch dem, der bislang noch nicht in die Betreuung von HIV-Positiven, LAS/ARC-Patienten eingebunden ist, wird das Buch (erschienen im Deutschen Ärzte-Verlag, Köln, 185 Seiten) empfohlen. ZI

## Berlin: Ein Angebot zur Umschulung

BERLIN. Arbeitslose Berlinerinnen und Berliner können sich zur Kinderkrankenschwester (zum -pfleger) oder zur Krankenschwester (zum -pfleger) umschulen lassen. Die Medizinischen Fachschulen am Klinikum Berlin-Buch und am Städtischen Krankenhaus Friedrichshain bieten die dreijährige Ausbildung an. Grundlage ist das Arbeitsförderungsgesetz. Der nächste Ausbildungsbeginn ist für Oktober vorgesehen. Seit März dieses Jahres gibt es die Umschulungsmöglichkeit. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz kann die staatlich anerkannte Ausbildung letztmalig im nächsten Jahr angeboten werden. EB

## DDR: Katholische Krankenhäuser suchen noch nach Partnern

FREIBURG. Unterstützung und Partnerschaft bis hin zur Kooperation leisten derzeit etwa 60 katholische Krankenhäuser der Bundesrepublik für Krankenhäuser verschiedener Träger in der DDR. Wie der Katholische Krankenhausverband mitteilt, bestehen 45 Partnerschaften mit kirchlichen und 27 mit nichtkirchlich getragenen Kliniken. Im Vordergrund stünden dabei materielle und finanzielle Hilfen. Drei Viertel der bundesdeutschen Krankenhäuser pflegten darüber hinaus den Austausch von Ärzten und Verwaltungskräften, gut die Hälfte auch von Pflegekräften und technischem Personal. Das Interesse an Partnern aus der Bundesrepublik Deutschland scheint bei den Hospitälern in der DDR momentan größer zu sein als die Bereitschaft bundesdeutscher Einrichtungen zur Hilfe. Beispiel: Sieben katholische Krankenhäuser der DDR seien auf der Suche nach Partnern bisher noch nicht fündig geworden. EB